

Rheinland-Pfalz: Mietenexplosion und Sozialwohnungen

Hintergrund

Bundesweit steigen insbesondere in den großen Städten die Mieten. Eine Anfrage von Katrin Werner (MdB DIE LINKE) an die Bundesregierung zeigt nun, dass auch in Rheinland-Pfalz sowohl in den Landkreisen als auch in den kreisfreien Städten die Mieten in den vergangenen zehn Jahren teils massiv gestiegen sind.

Zugleich ist die Zahl der Sozialwohnungen von 2008 bis 2020 um rund 45% zurückgegangen. Wohnen wird damit für immer mehr Haushalte eine immer größere finanzielle Belastung. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware.

Ergebnisse

Sozialwohnungen in Rheinland-Pfalz

Ergebnisse einer Anfrage von Katrin Werner vom 06.5.2021

- Die Zahl der Sozialwohnungen ist im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr erneut um 6.180 zurückgegangen.
- In keinem Jahr seit 2008 war der Bestand an Sozialwohlnung so niedrig wie im Jahr 2020.
- Seit 2008 bis 2020 ist der Bestand an Sozialwohnungen um 36.297 Wohnungen geschrumpft.

Entwicklung der Angebotsmieten in Rheinland-Pfalz

Ergebnisse einer Anfrage von Katrin Werner vom 27.4.2021

Kreisfreie Städte

- Die teuersten Angebotsmieten nettokalt pro m² in den kreisfreien Städten im Jahr 2020 finden sich in Mainz (11,87 €), Ludwigshafen (8,97 €) und Trier (8,93 €).
- Die größten Steigerungen der Angebotsmieten in den Jahren 2010-2020 fanden in Koblenz (+ 58%) Ludwigshafen (+ 48,8%), Speyer (43,6%) und Frankenthal (43,6%) statt.

Landkreise

- Die teuersten Angebotsmieten nettokalt pro m² in den Landkreisen im Jahr 2020 finden sich in Mainz-Bingen (9,32 €), Rhein-Pfalz-Kreis (8,92 €) und Germersheim (8,85 €).
- Die größten Steigerungen der Angebotsmieten in den Jahren 2010-2020 fanden in Ahrweiler (+ 55,3%) Westerwaldkreis (+ 50,52%) und Mainz-Bingen (+ 49,84%) statt.
- Die geringsten Steigerungen der Angebotsmieten fanden im Rhein-Lahn-Kreis statt. Doch auch hier stiegen die Mieten in den letzten zehn Jahren um 29,4 %.

Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN

„Die Mieten sind in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz rasant gestiegen und haben sich von der Einkommensentwicklung vollkommen abgekoppelt. Das betrifft nicht nur die Städte, sondern auch deren Umland. Gleichzeitig ist auch der Bestand an Sozialwohnungen in Rheinland-Pfalz stark geschrumpft. Bezahlbarer Wohnraum wird für viele Menschen in Rheinland-Pfalz zunehmend zur Mangelware.“

„Bund und Land müssen endlich aktiv werden und die Mietexplosion zu stoppen sowie für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Dazu ist es notwendig einen bundesweiten Mietendeckel für kommunal angespannte Wohnungsmärkte zu schaffen. Außerdem brauchen wir endlich mehr sozialen Wohnungsbau. Über Jahre hinweg wurde kaum etwas getan. Durch die hohen Mieten und

MdB-Büro Katrin Werner,
Tel.: 030 227 74331
Katrin.werner.ma03@bundestag.de

den Mangel an Sozialwohnungen werden Menschen mit geringem Einkommen verdrängt. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Zudem müssen die Wohnungen deutlich länger in der Mietpreisbindung verbleiben. Wohnen ist ein Grundrecht. Ohne Mietendeckel und engagierten sozialen Wohnungsbau wird es aber zunehmend zum Luxus, den sich viele nicht mehr leisten können. Das darf nicht sein.“

„Das Bundesverfassungsgericht hat zwar den Mietendeckel im Land Berlin gekippt, doch es hat lediglich entschieden, dass die Länder für eine solche Gesetzgebung nicht zuständig sind. Deshalb muss die Bundesregierung nun aktiv werden und einen bundesweiten Mietendeckel für angespannte Wohnungsmärkte schaffen. Die bestehenden bundesgesetzlichen Regelungen, die die Preisentwicklung bremsen sollen, sind viel zu löchrig und offensichtlich wirkungslos.“